

Nicht gleich alles wegwerfen!

Wettbewerb Eine vom Kanton unterstützte Website setzt auf Reparieren und «Upcycling»

VON SEBASTIAN SCHANZER

Es gibt Schirme, die schützen vor Regen, Hagel und Wind. Es gibt Schirme, die schützen vor Sonnenschein. Und es gibt Schirme, die schützen vor Tomatensauce. Für Letztere muss der Stoff aber erst vom Schirmgestell abgenommen werden, zum Beispiel wenn der Schirm kaputt ist. Schirmgestelle sind erfahrungsgemäss schnell beschädigt, und für den Laien erscheint eine Reparatur dieser feinen Mechanik aussichtslos. Es gibt zwei Möglichkeiten, die man vor dem Wegwerfen bedenken sollte: Man kann einen kaputten Gegenstand reparieren, oder man kann ihn umnutzen.

Die Materialien, aus denen ein Schirm besteht, können mit etwas Fantasie und handwerklichem Geschick weiterverarbeitet werden: Das nennt man dann «Upcycling». Wer mit Schere und Nähmaschine zurechtkommt, könnte beispielsweise den Schirmbezug zu einer Schürze umarbeiten. Vorgemacht hat dies eine 86-jährige Frau (siehe Bild), sie hat dafür den zweiten Platz im sogenannten «RepContest» des Website-Projekts reparaturfuehrer.ch belegt.

Zeitgeist des Wegwerfens

Die Internet-Plattform möchte durch Aktionen wie diesen Wettbewerb die Bevölkerung für die Reparatur von Alltagsgegenständen sensibilisieren, wie Dominic Utinger vom Baselbieter Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) informiert. Über einen Zeitraum von knapp zwei Monaten konnten Bastler und Reparaturtalente Fotos ihres kreativen Upcyclings von vermeintlichem Abfall oder von gelungenen Reparaturen auf dieser Plattform präsentieren. Eine Jury und ein separates Online-Voting brachten jeweils eine Rangliste hervor, die nun auf der Website einzusehen ist. Das ganze Projekt ist ein Gemeinschaftswerk beider Basel sowie der Regionen Bern, Thun und Köniz. Mittlerweile haben sich auch die Kantone Solothurn, Zug und Luzern angeschlossen.

«Der vorherrschende Zeitgeist ist immer noch der des Wegwerfens. Wir setzen uns für eine neue Grundüberzeugung ein», sagt Utinger. Anstatt Gegenstände wegzuworfen, können sie auch repariert werden. Dadurch wird Abfall reduziert und Ressourcen werden geschont. Wer also seinen Schirm nicht wegwerfen, ihn aber auch



Über 50 Upcycling-Ideen und gelungene Reparaturen wurden für den Wettbewerb eingeschickt. FOTOS ZVG

«Nicht jeder Betrieb repariert gerne, häufig wird lieber Neuware verkauft.»

Dominic Utinger Amt für Umweltschutz und Energie

nicht unbedingt um die Hüfte tragen möchte, gibt den Begriff im Suchfeld der Website ein und erhält eine Schweizer Karte mit eingetragenen Betrieben, die eine Reparatur anbieten. So stösst man in der Region Basel auf acht Anbieter, wobei einige wohl eher den Bildschirm eines Fernsehgerätes reparieren. Bei der «Reparier-Bar» am Burgweg in Basel dürfte man aber auch mit dem Regenschirm an der richtigen Adresse sein.

Die Website ist nicht nur für Hilfesuchende nützlich, sie dient auch Betrieben und privaten Dienstleistern als Marketinginstrument. «Wir hatten verschiedene Anfragen von pensionierten Schreibern, die antike Möbel restaurieren», meint Utinger. So haben auch Reparatur-Profis, die sonst über keine Plattform verfügen, die Möglichkeit, ihre Dienste öffentlich anzubieten. Gegenwärtig sind 961 Reparaturbetriebe erfasst, 103 davon im Baselbiet. Der Kanton unter-

stützt das Projekt zwar, kann aber keine Qualitätskontrolle liefern. «Dass die angebotenen Leistungen alle gut sind, können wir nicht garantieren», sagt Utinger.

Das steigende Interesse an der Website ist zwar Zeichen eines wachsenden Bewusstseins in der Bevölkerung bezüglich Abfall und Ressourcen. Von einer Trendumkehr mag Utinger aber noch nicht sprechen. «Nicht jeder Betrieb repariert gerne, häufig wird lieber Neuware verkauft.» Manche Produkte würden ohnehin so produziert, dass sie nicht reparierbar seien, und bei billig produzierter Ware könne die Reparatur schnell teurer werden als das Produkt selbst. In diesem Bereich können die Konsumenten einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie sich für langlebige, qualitativ hochwertige und gut reparierbare Produkte entscheiden.

www.reparaturfuehrer.ch

Nationalratswahlen

Dornacher tritt an für Schweizer Pegida-Ableger

Die SVP erhält bei den Nationalratswahlen im Kanton Solothurn Konkurrenz von ganz rechts: Für den eidgenössischen Wahlgang vom 18. Oktober ist auf der Staatskanzlei Solothurn auch eine Liste der «Direktdemokratischen Partei Schweiz» (DPS) eingereicht worden. Diese Partei ist der politische Arm der ausländer- und islamfeindlichen Bewegung Pegida Schweiz.

Einziger Kandidat auf der DPS-Nationalratsliste ist Tobias Steiger aus Dornach. Der 40-jährige war bis Mitte Juli Präsident der SVP-Kreispartei Dornach und Umgebung, gab diese Funktion aber ab und trat aus der Partei aus, als die Führung der SVP-Kantonalpartei ihn wegen rechtsextremer Äusserungen auf Facebook ins Gebet nahm. Steiger ist seit 15 Jahren Inhaber und Geschäftsführer einer Sicherheitsfirma in Basel. Das Verhältnis der DPS zu Pegida umschrieb Steiger gegenüber dieser Zeitung so: «Die DPS ist eine Partei, Pegida ist eine offene Bürgerbewegung.» Die Ziele seien die gleichen: gegen die Überfremdung und gegen die Islamisierung der Schweiz. Er selbst gehöre dem etwa 5 bis 10 Personen umfassenden Vorstand von Pegida Schweiz an, so Steiger. Gesamtschweizerisch stellt die DPS nach Auskunft ihres Gründers und Präsidenten Ignaz Bearth (St. Gallen) in vier Kantonen Listen für die Nationalratswahlen: neben Solothurn auch in St. Gallen, Thurgau und Waadt.

SVP prüft Listenverbindung

Trotz seines De-facto-Rausschmisses aus der SVP bezeichnete Steiger gegenüber dieser Zeitung den Solothurner SVP-Nationalrat Walter Wobmann als «super Typ» und fügte auf die entsprechende Frage an, für eine Listenverbindung mit der SVP sei er offen. SVP-Kantonalpräsident Silvio Jeker (Erschwil) zeigte sich gestern auf Anfrage überrascht von Steigers Ansinnen. Eine Listenverbindung mit der DPS müsse die SVP zuerst prüfen. (CVA)



Tobias Steiger.

GASTKOMMENTAR zum Bundesrat, der die Klimaziele zu tief ansetzt

Klimaschutz ist ein Menschenrecht

Nichts beschäftigt unser Befinden täglich so sehr wie das Wetter: Man freut sich auf die Blütenpracht im Frühling, wartet auf den Schnee im Winter. Nun beginnen sich diese Eckwerte für unsere Landwirtschaft, unsere Gesundheit und unser Ökosystem aufzulösen. Stattdessen gibt es herbstäbliche Winter, weisse Weihnachten gehören der Vergangenheit an. Die Extremwetterlagen nehmen zu. Im Frühling ununterbrochen Regen, darauf mehr als einen Monat tropische Zustände, Felder und Obst verderben in ungewohnter Hitze. Futter und Wasser werden knapp, und Mensch, Tier und Bäume leiden unter den abrupten Temperaturwechseln und neuen Krankheiten.



Maya Graf

ist seit 2001 Nationalrätin für die Grünen und war unter anderem Fraktionspräsidentin ihrer Partei in der Bundesversammlung sowie Nationalratspräsidentin. Sie wohnt mit ihrer Familie in Sissach, wo sie den familieneigenen Biobauernhof bewirtschaftet.

destens 30 Jahren. Die Wissenschaft bezieht sich beim aktuellen Klima auf die Referenzperiode 1980 bis 2009. Vergleicht man sie mit der vorindustriellen Zeit, hat sich die Temperatur in der Schweiz bereits um 1,5 Grad erhöht. Mit der Industrialisierung ist die Konzentration des Treibhausgases CO₂ um 40 Prozent angestiegen. Es ist die Hauptursache für die Erwärmung des Planeten.

Eine Erderwärmung um 2 Grad Celsius ist für die Mehrheit der Wissenschaft die kritische Marke: Steigt die Erdmitteltemperatur um mehr, dann werden die Folgen des Klimawandels für Mensch und Umwelt als unbeherrschbar eingeschätzt. Wenn Sie an Ihre Kinder und Enkel denken, möchten Sie wirklich ein solch unkalkulierbares Risiko eingehen? Bei Ihrer Altersvorsorge sind Sie garantiert weniger risikofreudig, in Fragen von Bildung und Erziehung zu Recht anspruchsvoll, wie auch bei der Gesundheitsvorsorge. Doch sind unsere Lebensbedingungen von übermorgen weniger wert?

Nein, und deshalb ist Klimaschutz ein Menschenrecht. Ein Gericht hat jüngst entschieden, dass die holländische Regierung den CO₂-Ausstoss des Landes bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 um mindestens 25 Prozent senken muss. Das Urteil stützt sich auf die Analysen des Weltklimarats, der für Industrieländer eine Absenkung von 25 bis 40 Pro-

zent der CO₂-Emissionen bis 2020 als notwendig ermittelt hat. In der Schweiz hat jedoch der Bundesrat entschieden, das Reduktionsziel bei 20 Prozent zu belassen. Die Grünen fordern 40 Prozent und prüfen nun, den Fehlentscheid des

«100 000 Menschen fordern, dass bis 2050 voll auf erneuerbare Energien gesetzt wird.»

Bundesrats gerichtlich zu korrigieren. Die Petition «Das Klima schützen, bevor es zu heiss wird» haben innerhalb eines halben Jahres über 100 000 Menschen unterschrieben: Sie fordern eine Energiestrategie, die bis spätestens 2050 vollständig auf erneuerbare Energien setzt und auf Klimaschutz auch in der Entwicklungszusammenarbeit. Vielen Menschen ist es also nicht egal, was morgen ist.

Denn auch Landwirtschaft und Tourismus sind auf eine engagierte Klimapolitik angewiesen. Schon heute sind Hochwasser, Felsstürze und starke Regenfälle

eine unmittelbare Bedrohung. Skipisten ohne Schnee und öde Geröllfelder statt schimmernder Gletscher locken keine Feriengäste an. Ich war letzte Woche mit meinem Mann auf einer Bergtour im Berner Oberland. Auf den Gletschern fehlt der Schnee als Isolationsmaterial. Sie schmelzen sichtbar dahin. Der Gletscherschwund ist beängstigend: Wir wanderten an Gletschern vorbei, die noch vor zehn Jahren im Sommer mit Steigeisen und Seil überquert werden mussten. Stattdessen fliesst nun das Gletscherwasser Tag und Nacht in tosenden Wasserfällen in die Täler. Gletscher sind unsere wichtigsten Wasserspeicher. Was, wenn sie bis zum Ende des Jahrhunderts Geschichte sind? Diese Folgen wiegen bestimmt schwerer als die des starken Fränkens.

Ende November steht in Paris die Entscheidung über ein neues globales Klimaabkommen an. Erstmals soll es alle Staaten betreffen - und nicht mehr, wie das Kyoto-Protokoll, nur eine Handvoll Industriestaaten. Für die Schweiz haben die Grünen einen Aktionsplan vorgelegt, wie Bund und Gemeinden das Klima wirksam schützen können. Die Trendwende bei den Treibhausgasen muss innerhalb der nächsten zehn bis zwanzig Jahre erfolgen. Nicht nur für unsere wertvollen vier Jahreszeiten, sondern für gesunde Lebensgrundlagen auch für unsere Nachkommen. Deshalb ist Klimaschutz ein Menschenrecht.

«Wenn Sie an Ihre Kinder denken, möchten Sie ein solches Risiko eingehen?»

Für all jene, die nun sagen «Das ist auch schon früher vorgekommen. Mit Klimawandel hat das nichts zu tun»: Ja, nur Klima ist nicht gleich Wetter. Klima ist das durchschnittliche Wetter von min-